

Antragsbereich U / **Antrag U6**

AntragstellerInnen: Jusos Bayern

Empfänger: Bundesparteitag

Landesparteitag S&D-Fraktion im EP

U6: Biodiversität in der Agrarlandschaft schützen

Wir fordern, dass der Erhalt der Biodiversität in Deutschland einen größeren Stellenwert erhält

und bei allen politischen Entscheidungen – insbesondere Agrarpolitik und
5 Infrastruktur –

berücksichtigt wird.

Die Vorgaben der EU– Biodiversitätsstrategie müssen möglichst schnell
10 umgesetzt werden und 30

Prozent der marinen und terrestrischen Fläche unter Schutz gestellt werden.
Bei diesen

15 Schutzgebieten muss besonderes Augenmerk auf ihre Wirksamkeit gelegt werden.

Dementsprechend soll darüber hinaus in Zusammenarbeit mit Nachbarlän-
dern eine Kartierung
20

der Schutzgebiete erfolgen, um bessere Kohärenz und Konnektivität der
Natura2000– Gebiete

sicherzustellen. Innerhalb dieser Schutzgebiete muss regelmäßiges Monito-
25 ring – gerade auch der

Pflanzenwelt – stattfinden, um ihre Wirksamkeit zu kontrollieren. Diese
Zahlen sollen innerhalb

30 der Kartierung der Gebiete vermerkt und einsehbar sein. Ein solches Moni-
toring legt auch die

Basis für rechtliche Vorgaben für den Erhalt der Biodiversität und Sanktionen
bei Nicht–

35

Einhaltung und kann bei der Bauplanung helfen, damit besonders wertvolle Flächen nicht

40

versiegelt werden. Zudem muss Deutschland sich innerhalb eines klaren Zeitrahmens mit

Zwischenzielen zu der Renaturierung von 15 Prozent der Landesfläche verpflichten – hier mit

45

Fokus auf Gebiete wie Moore, die für Klimaschutz und Biodiversität besonders wichtig sind.

50

Ökobetriebe haben eine deutlich bessere Biodiversitätsbilanz, deshalb fordern wir den Ausbau

von regionalen Programmen zur Förderung des Ökolandbaus wie dem bayerischen BioRegio 2030.

55

Ein Fokus muss hier darauf liegen einen Markt mit fairen Preisen für ökologische und regionale

Produkte zu schaffen, denn einen vielfältigen und nachhaltigen Anbau gibt es nur, wenn dieser

60

sich lohnt. Ein Marktzugang und Zugang zu Förderungsmitteln sollen auch für konventionelle Betriebe, die biodiversitätsfördernde Maßnahmen ergreifen, bestehen, um ihnen die Transformation zu erleichtern. Besondere Förderung sollen Mischkulturen mit großer genetischer Variabilität, Weidenutztierrhaltung, sowie Agroforstsysteme erhalten.

65

Durch die Überdüngung in Deutschland wird nicht nur das Grundwasser verunreinigt, sie sorgt auch dafür, dass neben den Kulturpflanzen Beikräuter schneller wachsen und damit die Kulturen durch die hohe Pflanzdichte anfälliger werden für Schädlinge. Der folgliche Einsatz von Pestiziden und Herbiziden hat erhebliche Auswirkung auf die Artenvielfalt. Zusätzlich werden auf nährstoffarme Bedingungen angepasste Pflanzenarten verdrängt. Wir fordern eine Reduktion der erlaubten Stickstoffüberschüsse von 50 Kilogramm pro Hektar auf 30 kg pro Hektar und entsprechende Kontrollen. Dies gelingt nur mit einer drastischen Reduktion der Massentierhaltung und in Kooperation mit den Landwirt*innen. In einer Übergangsphase soll es Bonuszahlungen pro reduziertes Kilogramm geben, um einen Anreiz zur Umstellung zu schaffen.

Wir lehnen den übermäßigen Anbau von Mais und Raps als Energiepflanzen
80 in Monokultur ab, da sie dem Boden und damit seiner Artenvielfalt und
Kohlenstoffspeicherkapazitäten schaden. Wir fordern eine Begrenzung der
erlaubten Menge von diesen Pflanzen aus Monokultur bei den Einsatzstof-
fen im Betrieb von Biogasanlagen auf 40 Prozent – aktuell stammen 80
85 Prozent der Einsatzstoffe aus Energiepflanzen. Um Alternativen zu finden,
fordern wir eine Subvention des Anbaus alternativer Energiepflanzen in
Mischkultur sowie Gelder für die Forschung in dem Bereich. Möglich ist auch
die Förderung des Anbaus von nachhaltiger Biomasse in Gebieten, in denen
es Auflagen von Gebiets- oder Gewässerschutz gibt und die dadurch nicht
in Konkurrenz zu Nahrungsmittelproduktion stehen.

90
Landwirt*innen, die Interesse an Maßnahmen zur Erhaltung der Biodi-
versität haben, brauchen leicht zugängliche Möglichkeiten zur Aus- und
Weiterbildung. Wir fordern staatliche Beratungsstellen, die Expertise im
Bereich ökologische Landwirtschaft und Biodiversität besitzen und Land-
95 wirt*innen weiterbilden. Die vorhandenen Programme müssen außerdem
besser beworben werden.

Fehlende Einhaltung von Regelungen zur Biodiversität muss Konsequenzen
haben, dafür brauchen wir eine engere Kopplung von Agrar- und Um-
100 weltpolitik, um einen Rechtsrahmen mit einer umweltschutzbezogenen
Betreiber*innenpflicht zu schaffen.

Langfristig fordern wir eine Abwendung von dem aktuellen Modell der Di-
rektzahlungen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP), denn die-
105 se fördern Fläche vor Gemeinwohl und sind damit eine Bremse auf dem Weg
zu mehr Nachhaltigkeit und Biodiversität. Stattdessen fordern wir erhöhte
Direktzahlungen für Umweltschutzprogramme und Ausweitung beispiels-
weise der Kulturlandschaftsprogramme und Landesnaturschutzprogramme.